

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Februar 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 23

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel: Rückblicke und Ausblicke, X.
- Volkswirtschaft: Verschiedene Wirtschaftsprobleme in parlamentarischer Beleuchtung.
- Korrespondenzen: Oera. — Göttingen. — Hannover (M.-M.). — Köslin. — Krefeld. — Leipzig (M.-S.). — Regensburg. — Warburg. — Weh. — Naumburg. — Würzburg.
- Rundschau: Beachtenswerte Mahnung. — Meisterprüfung. — Anmeldeaufruf zur Gehilfenprüfung in München. — Gewerbegerichtsscheid gegen die Buchdruckerei Schäfermann & de Wreiß in Krefeld. — Sitzgelegenheit für Handseher während der Arbeit. — Die Belegungsfrage im „Zeltungsverlag“. — Eine neue Arbeiterfortbildungsinstitution. — Arbeitskämpfe in Russland im Jahre 1912. — Russisches Deutsch! — Der Arbeitsmarkt im Januar 1913.
- Literarisches: „Sinein in die Sparte!“

### □ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

X.

Wir wenden uns nun dem Kapitel der Rentabilität der Setzmaschine zu. Die neuen tariflichen Bestimmungen, die nach allgemeiner Ansicht den Prinzipalen so sehr günstig sind, müßten doch in vollem Maß ausgenutzt werden, wenn alles das, was gegen die leiberrige Tarifierung der Setzmaschine mit großer Eindringlichkeit argumentiert und demonstriert worden ist, sich als beweiskräftig erweisen sollte. Bekannt dürfte wohl noch sein, wie wenig die Schaffmachersche gerichteten Kreise vor dem Ergebnis der Tarifverhandlungen in dieser Beziehung befriedigt waren. Aber wenn man auch von diesen Leuten absehen will, die nach der Methode der Aberagrarien ja niemals zufrieden zu stellen sein werden, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß auch andern Prinzipalskreisen und sonderlich den Verlegern die erlangten Zugeständnisse alles andre denn weit genug gingen. Wir haben im Dezember v. J. in vier Artikeln über den neuen Setzmaschinentarif — nebenbei bemerkt, fand diese Abhandlung bei dem überwiegenden Teile der damals in großer Erregung befindlichen Maschinenleger guten Anklang — dargelegt, daß das Dichten und Trachten mancher Prinzipalskreise hier bitter böse war. Jedoch von dem, was in jenen Aufsätzen ausgeführt wurde, ist in den uns zur Verfügung stehenden Jahresberichten der Maschinenlegervereine so gut wie gar kein Nachklang zu spüren. Der Gesichtskreis zeigt sich manchmal recht eng, der Drang zum Kritisieren ist aber um so größer. Und doch hat es gerade dieser Teil der Kollegenschaft recht notwendig, den Blick nicht stets auf eine Stelle zu heften, sondern ihn weit hinausschweifen zu lassen und nicht nur alles zu sehen, sondern auch immer klar zu sehen.

Daß die Prinzipale bei ihrem Verlangen der Zufälligkeit des Berechnens auch im Werkmaschinentarif einen mehr theoretischen Erfolg nach Hause fragen würden, war für kundige Leute klar. Die Zentralkommission der Maschinenleger konnte in ihrer im April 1912 aufgenommenen Statistik feststellen, daß nur 46 Betriebe für 247 Setzer das Berechnen eingeführt haben, und zwar in Zeitung und Werk. Nach den uns vorliegenden Jahresberichten hat im weiteren Verlaufe von 1912 das Berechnen keine Zunahme erfahren. In Leipzig, von wo aus ja in der Hauptsache der Ruf nach dieser Art von Entfesselung der Maschine ausging, ist die Zahl der Berechner zurückgegangen! Das kann nicht wundernehmen, denn man möchte auch die schwierigsten Arbeiten auf der Setzmaschine herstellen, und da ergaben sich denn nach einigen Versuchen auch rechnerische Bedenken, über die eine halbwegs richtig kalkulierende Geschäfts-

leistung nicht hinwegkommt. Soll sich der Maschinentarif rentieren, kann nicht das schlechtesten Manuskript an die Maschine gegeben werden. Man hat viel davon gesprochen, daß die Manuskriptverhältnisse bessere geworden seien. Schreibmaschinemanuskript ist aber nur deutlich lesbar, wenn nicht handschriftliche Vermerke oder Änderungen eine tatsächliche Verbesserung darstellen. Das ist jedoch sehr häufig der Fall. Wie sich nun bezüglich des Berechnens schon gezeigt hat, daß das nur ein Trugschluß war — selbst die in ihren Reklamen so kräftig dafür ins Zeug gehende Firma Henry Garda dürfte das nun eingesehen haben —, so wird sich über die Setzmaschinennarbeit noch manch andres ergeben.

Ein mehr als eigenartiges Zusammentreffen ist es, daß die Prinzipale selbst bekunden, wie schwer es ist, hinsichtlich des Maschinentarifes nur einigermaßen sichere Zukunftswerte auszufüllen. Es ist ein Laufen und Suchen, und wenn man glaubt, den Stein der Weisen gefunden zu haben, entgleitet er schon wieder den Händen. An dem im vorstehenden über das Ergebnis der Berechnungseinführung Gesagten erblickt das schon zu einem Teile. Denn Rücksichtnahme auf die Gehilfenschaft hat doch die starke Beschränkung des Berechnens — eines weitgehenden Mittels zur Ausnutzung des technischen Fortschritts — nicht zur Ursache. Wenn von ungefähr 5000 Maschinenlegern (mit den Bündlern und den N.-V.) nur 247 berechnen, so hat das nicht nur für den Werkstoff Bedeutung, sondern auch für die Zeitungs- und die Zeitschriftenherstellung auf der Maschine. Rechnerische Bedenken, resultierend aus praktischen Schwierigkeiten, sind hier ausschlaggebend. Es heißt zwar in einigen Berichten, die Arbeitsweise unter dem neuen Tarife komme in manchen Betrieben dem Berechnen im gewissen Gelde gleich. Das würde ja aber einen Zustand darstellen, der mit dem Geiste des Tarifs nicht zu vereinbaren ist. Bei dem verlangten hohen Buchstabenpensum sollte davon überhaupt nicht die Rede sein. Damit ist also nichts bewiesen.

Der Maschinenwerkstoff wurde bekanntermaßen als verheißungsvolle Zukunftsmusik ausgegeben. Da ist es denn von großem Interesse, daß von berufener Prinzipalsseite dieser Fata Morgana viel von ihrem Glanze genommen wird. Wir finden in dem 1912 erschienenen Deutschen Buchdruckpreisartikeln so bemerkenswerte Auslassungen über dieses Thema, daß wir sie in ihrem Kern im nachstehenden wiedergeben. Es wird da vorausgehend gesagt, man habe nun auch die Selbstkosten für den Maschinentarif ermittelt, und dann heißt es wörtlich:

Diese Ermittlungen haben ergeben, daß trotz der Leistungsfähigkeit der Setzmaschinen im allgemeinen von einer nennenswerten Verbilligung des Maschinentarifes gegenüber dem Handseher nicht gesprochen werden kann. Die durch die Vielgestaltigkeit der Arbeiten bedingte Notwendigkeit des häufigen Schriftens- und Gießformwechsels, wodurch einerseits die quantitative Leistung der Setzmaschine gemindert wird und andererseits die Selbstkosten durch Erfordernis eines großen Bestandes an kostspieligem Maschinenzubehör ganz erheblich verteuert werden, läßt die Vorteile, die sich bei gut leserlichem Manuskript und größeren Mengen gleichmäßigen Satzes ergeben können, zum größten Teil hinfällig werden. Auch ist die von den Verlegern fast ausnahmslos bedingte große Eile der Herstellung, die es nötig macht, selbst Manuskripte kleineren Umfangs auf mehrere Maschinen zu verteilen und so die Nachteile des Schriftens- und Gießformwechsels zu vervielfachen, von sehr ungünstigem Einfluß auf die Rentabilität der Setzmaschine.

Innerhalb der einzelnen Maschinenformate bestehen noch wesentliche Unterschiede darin, ob es sich um Zeilenguß- oder Spengelmaschinen handelt. Ersterer wird bei glattem Satze, wie er als Vergleichsmaßstab angenommen werden muß, unter gewissen Voraussetzungen billiger als Handseher hergestellt werden können, namentlich wenn nicht erhebliche Änderungen (Autorkorrekturen) im fertigen Satze vorgenommen werden. Bei gemischtem und überhaupt schwierigerem Satze dagegen machen sich für Zeilenguß höhere Aufschläge als beim Handseher nötig, wodurch die Vorteile unter Umständen wieder verloren gehen und der Zeilenguß teurer als Handseher werden kann.

Spengelmaschinen sind bei glattem Satze je nach der Höhe des Lokalaufschlags des betreffenden Orts teils teurer, teils ebenso teuer wie Handseher. Das Verhältnis gestaltet sich vorteilhafter bei gemischtem und tabellarischem Satze, jedoch ist auch hier eine wesentlich billigere Berechnung als zu Handseherpreisen nicht möglich. Änderungen im fertigen Satze werden ohne Inanspruchnahme der Maschine wie beim Handseher ausgeführt und stellen sich dementsprechend im Preise.

Wenn doch jedenfalls sehr erprobte Sachmänner im Setzmaschinenwesen sich dermaßen kritisch über die Rentabilität der Setzmaschine im Werkstoff vernehmen lassen, dann muß die Sache wohl einen Saken haben. Man kann sogar annehmen, daß er nicht klein, sondern hübsch groß ist. Dem Werkmaschinentarif erst eine solche Zukunft prophezeien und nach einigen Monaten solche Darlegungen, das ist doch nicht in Einklang zu bringen. Die Praxis hat eben auch hier etwas andres ergeben, und wenn diese dem Werkstoff auf der Maschine Grenzen zieht, so kann das uns Gehilfen gewiß nur recht sein.

In Leipzig, das ja sonangebend ist im Werkstoff, hat im vergangenen Jahre die Zahl der mit Maschinen arbeitenden Werkdruckereien um 2 zugenommen; die der Werkmaschinentarifier um 19. 1911 war es eine Druckerei, die Werk und Zeitung auf der Maschine herstellte, 1912 ihrer drei. Sie sind in beiden Jahren zu den Werkdruckereien gezählt worden. Zeitungsdrukereien waren es in den zwei Jahren unverändert vier.

Wir meinen, daß hier die im Buchdruckpreisartikeln niedergelegte Lehre über die beschränkte Verwendung der Setzmaschine im Werkstoff sich schon geltend macht. Nach dem Ende April 1912 herausgegebenen resp. abgeschlossenen Verzeichnisse der tariffreien Druckereien gab es deren 240 in Leipzig. Davon sind die Zeitungs-, die gemischten Betriebe sowie die Akzidenzdruckereien in Abzug zu bringen, deren Zahl nur schwer festzustellen sein dürfte. Aber wenn im ganzen 36 Werkbetriebe im vergangenen Jahre mit Setzmaschinen arbeiteten, so ist doch ohne weiteres zu sagen, daß sich eine bedeutend größere Zahl mit Werkstoff befaßt. In keiner Druckstadt der Welt dominiert er so als in Leipzig. Es müssen also gewichtige Umstände bestimmend sein für diese Beschränkung. Da auch recht kleine Druckereien in Leipzig bereits Setzmaschinen aufgestellt haben, kann das finanzielle Moment nicht das größte Hindernis sein. Es ist vielmehr in der Rentabilität der Setzmaschine für Werk zu suchen, die nicht so ist, wie man geglaubt hat oder wie ehemals recht ermutigend versichert worden ist.

Nun kann gesagt werden, daß mit der weiteren Vervollkommnung der Setzmaschine die jetzt hier noch vorhandenen Hindernisse beseitigt werden können. Das ist richtig und auch wieder nicht. Denn erfahrungsgemäß haben die aufgekommene Neuerungen an den Setzmaschinen größtenteils nicht solche Vereinfachungen gebracht, daß der Rentabilitätseffekt ein ganz anderer geworden wäre, sondern das Arbeiten

ist dadurch komplizierter geworden. Im Zeitungs-  
maschinenfabriken liegen die Dinge anders. Aber hier  
ist auch das Feld so ziemlich abgegrast. Es ist nach  
dieser Richtung in der Tat von einer gewissen  
Sättigung zu sprechen. Vom Werkstatz aber kann  
aus den vorstehend entwickelten Gründen wohl das-  
selbe gesagt werden. Nach dem Durch der Tarif-  
revision und dann den neuen Tarif eingetretener  
Hochdruck verstärkter Setzmaschineneinführung wird  
eine Reaktion Platz greifen. Sie hat in einigen  
Druckorten, die in ihren Größerverhältnissen auf der  
direkt entgegengesetzten Seite wie z. B. der Ort Peitz,  
zu finden sind, im Jahre 1912 bereits eingeleitet.  
Gerade die Tatsache einer verhältnismäßigen Ab-  
nahme der Maschinenaufstellung in diesen Groß-  
druckstädten von ausschlaggebender Bedeutung läßt  
uns den Ausblick auf im allgemeinen ein wenig  
hoffnungsvoller erscheinen. Der letzte Handseher ist  
also noch nicht im Grassi-Museum zu Leipzig als  
Rarität zu sehen.

Es wird in den Jahresberichten der Maschinen-  
sehervereine auch die Befürchtung laut, die Prin-  
zipale krügen sich schon wieder mit neuen Ver-  
schlechterungen für die Maschinenseher. Ob eine  
von den fünf Kommissionen des Tarifberatungs-  
ausschusses sich diese Aufgabe stellt, wissen wir  
nicht. Im angenommenen Falle wäre das nur  
als kurzfristig zu bezeichnen. Die Tarifpolitik der  
Prinzipale kann, wenn sie nicht auf eine Verwerfung  
des Grundprinzips der Tarifgemeinschaft gerichtet  
sein soll, was gleichbedeutend mit deren Zerstörung  
wäre und deshalb auch vom Prinzipalsstandpunkt  
ausgeschlossen sein muß, auch nach Inställung des  
Tarifberatungsausschusses des Deutschen Buchdrucker-  
vereins nicht Wege einschlagen, die sich für den  
anderen Tarifkontrahenten verbieten. Man muß sich  
überhaupt fragen, welche positive Arbeit in diesem  
Ausschusse die Jahre hindurch bis zur nächsten  
Tarifrevision eigentlich geleistet werden soll. Dem-  
zufolge können auch diese Tüfteleien praktischen  
Wert nicht haben. Wo alles im Fluß ist, kann man  
sich nicht in seinen Vorarbeiten auf Jahre festlegen.  
Es hält schon im rechten Augenblicke schwer, das  
Nichtige zu treffen. Das gilt von den Prinzipalen  
wie von den Gehilfen. Und wer das nicht  
glauben will, für den muß es halt die Probe aufs  
Exempel lehren.

Im nächsten Artikel soll ein speziell für die Ge-  
hilfenschaft wichtiges Thema hierzu erörtert werden.

helt zur Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Rindfleisch  
eröffnet, ohne der deutschen Landwirtschaft zu schaden, die  
für ihr frisches Fleisch nach wie vor vollen Absatz behalten  
hätte und die ja zudem durch außerordentlich hohe Zölle  
geschützt geblieben wäre. Trotzdem wurde dieser Antrag  
abgelehnt. Die ganze Rechte kam dem Zentrum und den  
Nationalliberalen haben diesen Antrag gegen die Stimmen  
der Sozialdemokratie und der Volkspartei abgelehnt. Die  
gleiche Mehrheit lehnte auch verschiedene Anträge auf  
Suspension oder Befristung der Zollerleichterung ab. Aus  
den Reden der verschiedenen Parteien seien nachstehende  
Proben zur kurzen Erläuterung der verschiedenen Anschau-  
ungen wiedergegeben, und zwar unter Anführung an die  
Berichte im „Reichsanzeiger“. Der Berichterstatter der zu-  
ständigen Kommission und Volksparteiler Dr. Wendorf  
stellte fest, daß die Kommission zur Beratung des Geset-  
entwurfs sich darüber einig war, daß abnorme Preis-  
verhältnisse bestehen. Es sei aber zu fadeln, daß die Zoller-  
erleichterungen nur großen Städten zuteil würden, sie müßten  
auch den Konsumgenossenschaften und andern gemeinnützigen  
Unternehmungen zugute kommen. Die Regierung sei jedoch  
dagegen, wie auch gegen die Aufhebung des § 12 des  
Fleischbeschaugesetzes und gegen eine Verlängerung des  
Termins für die Zollerleichterungen über den 1. April 1914  
hinaus. Der Bundesrat habe sogar die Absicht, die be-  
stehenden bisherigen Vergünstigungen noch früher aufzu-  
heben. Den Standpunkt der Sozialdemokraten brachte der  
Abgeordnete Simon zum Ausdruck. Er wies darauf hin,  
daß der Gesetzentwurf keine Abhilfe des Muffandes bringe,  
er habe vielmehr die Ansicht, daß die zur Beratung dieser  
Frage eingesetzte Kommission mehr Gewicht auf eine Linder-  
ung der Not der Landwirtschaft als auf die der Konsum-  
ernten gelegt habe. Vor Einführung des Zolltarifs habe  
es geheißen, die Landwirtschaft sei in der Lage, genügend  
Fleisch und Getreide zu produzieren. Seht nach zehn Jahren  
sei aber das Gegenteil zu konstatieren; es sei sogar ein be-  
deutender Rückgang des deutschen Viehstandes eingetreten.  
Gegenüber der Behauptung des Reichsanzeigers, daß von  
keiner Unterernährung der breiten Masse gesprochen werden  
könne, wies der Redner darauf hin, daß nach einer  
Statistik der Stadt Nürnberg heute von einer fünfköpfigen  
Familie durchschnittlich 148 Pfund Fleisch im Jahre weniger  
konsumiert werden als vor elf Jahren. Trotzdem sträubten  
sich aber die verbündeten Regierungen im Einverständnis  
mit den Agrarier gegen jede wirksame Abhilfe. Dem-  
gegenüber trat der Zentrumsvorredner Herold für die Auf-  
rechterhaltung des bisherigen Zollschutzes ein, weil er über-  
zeugt sei, Deutschland könne seinen Fleischbedarf aus eigener  
Produktion decken. Das hielt ihn aber keineswegs ab, für  
den vorliegenden Gesetzentwurf einzutreten, weil er nur eine  
Ausnahme zur Befestigung eines Muffandes auf dem  
Fleischmarkt darstelle. Der Nationalliberale Dr. Böttger  
sprach sich gegen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen  
Anträge aus, weil dadurch die Preise der Produkte, so zu-  
nächst im Vieh, nicht mehr lebend seien. Der industrielle  
Ausschuss, sehr mehr, dem Inlandsbedarf, als der Export-  
industrie zu danken. Der Konsum der deutschen Arbeiter-  
schaft betrage jährlich annähernd 20 Milliarden Mark, wo-  
von 4 Milliarden auf Nahrungsmittel entfallen. Bei dieser  
Summe könne allerdings ein Schwanken bis zu 10 Proz.  
lehr in Betracht; für eine Befestigung dieser Schranken  
war dieser Redner aber trotzdem nicht zu haben. Noch  
weniger bekundete das der ihm folgende konservative Ab-  
geordnete Arnstadt. Für ihn war nur erfreulich, daß  
immer mehr Städte darauf eingehen, mit landwirtschaft-  
lichen Genossenschaften langfristige Verträge mit Durch-  
schnittspreisen für Schlachtochtleistungen abzuschließen. Das  
Problem der inneren Konfektion zu fördern, schien diesem  
Volkswirtschaftler viel wichtiger als die Befestigung des gegen-  
wärtigen Muffandes auf dem Gebiete des Fleischkonsums.  
Ihm folgte der Abgeordnete Fischbeck als Vertreter der  
fortschrittlichen Volkspartei. Dieser stellte fest, daß Unter-  
suchungen des Deutschen Städtetags eine immer mehr  
fehlende Tendenz der Fleischpreise unabweisbar ergeben  
haben, bezeichnete es jedoch nicht als Aufgaben der Ge-  
meinden, die Versorgung der Konsumenten mit Lebens-  
mitteln in die Hand zu nehmen. Es werde damit den  
Städten ein Weg vorgeschrieben, der bestimmte Kriterien  
im Mittelstande schädigen müsse. Wenn eine Stadtwirt-  
schaft billiger verkaufe, so könne der Fleischer nicht mit ihr  
konkurrieren; verkaufe aber der Fleischer noch billiger als  
die Stadt, so sei das volkswirtschaftlich ein ungelinder  
Zustand. Was so den Fleischern an Schaden zugefügt werde,  
könne schließlich auch andern Ständen gegenüber zur An-  
wendung kommen. Den Standpunkt der Regierung ver-  
trat der Unterstaatssekretär Dr. Richter. Er machte haupt-  
sächlich geltend, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus dem  
Ausland einen solchen Preisdruck ausüben würde, daß  
sich die einheimische Produktion nicht mehr lohnen und  
dabei verschwinden würde. Im Fall eines Kriegs, durch  
den die Zufuhr aus dem Ausland abgeschnitten würde,  
könnte dann das deutsche Volk nicht nur hungern, sondern  
auch verhungern. Von bemerkenswerten Äußerungen  
zu dieser Frage sind vom zweiten Beratungstage dann noch  
die folgenden zu registrieren. Der Würzburger Abgeordnete  
Schmitt (Sozialdemokrat) betonte, daß noch nie eine Vieh-  
seuche durch ausländisches Vieh eingeschleppt worden sei,  
die Seuchengefahr im Inlande sei viel größer. Das  
Volk habe ein Recht auf billiges Fleisch. Denn durch die  
fortgesetzte Nahrungsmittelsteuerung werde die Lohnerhöhung,  
auf die immer hingewiesen werde, mehr als wettgemacht.  
Dieser Not gegenüber dürfe man nicht noch mit Spott an-  
worten, wie es eine Zentrumszeitung seines Wahlkreises  
kürzlich getan habe, indem das Blatt behauptete: Die  
Fleischnot rühre überhaupt nur daher, weil zuviel Fleisch  
gelesen werde, der Mittelstand müsse sich zum Teil mit  
den Abfällen begnügen, die besten Stücke hole sich der Ab-  
beiter; Samstags gingen die Arbeiterfamilien in die Kneipen,

wel die Frau nicht kochen gelernt habe, sondern nur, sich  
hüßlich zu kleiden verfehe. (Damit gab dieser Redner ein  
interessantes Gegenstück zu dem Haushaltungsrezept des  
„Evangelischen Gemeindeblatts für das Riesengebirge“,  
dessen Herausgeber die evangelischen Geistlichen des Kirchen-  
kreises Sirlsberg in Schlesien sind, das wir in Nr. 5 zum  
Abdrucke brachten, aber irrtümlicherweise nach einem  
Zuschnitt aus der „Schlesischen Bergwacht“ als Pro-  
dukt eines katholischen Sonntagblattes bezeichneten.)  
So wogte die Debatte fagelag hin und her und hatte trotz  
eingehender Beleuchtung des Muffandes keinen andern  
Erfolg, als daß in dritter Lesung der Gesetzentwurf, der  
nur eine vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr  
gestaltete, gegen die Stimmen der Konservativen und der  
Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen wurde. Eine  
weitergehende sozialdemokratische Resolution, nach welcher  
die geringen Vergünstigungen nicht nur den großen Städten,  
sondern auch den kleineren zugute kommen sollen, wurde  
in namentlicher Abstimmung einige Tage später verworfen,  
und zwar mit 173 gegen 162 Stimmen. Das angenom-  
mene Gesetz zeigt nun auf der einen Seite den Willen  
der Mehrheitsparteien und der Regierung, der Lebens-  
mittelversorgung keine größeren Hindernisse zu bereiten,  
auf der andern Seite enthält es aber ein teilweise prin-  
zipielles Zugeständnis an die Gemeindeverwaltungen zur  
billigeren Vermittlung von Lebensmitteln an die Bevölke-  
rung. Wenn es sich dabei vorläufig auch nur um ein einziges  
Nahrungsmittel handelt, so ist doch zu beachten, daß eine  
eventuell dadurch herbeigeführte Entspannung des Fleisch-  
markts auf die Preise vieler anderer Nahrungsmittel, die  
bei der herrschenden Fleischsteuerung von der breiten Volks-  
masse als Ersatz mehr als sonst in Anspruch genommen  
werden mußten, nur günstig zurückwirken kann. Und  
wenn auch jetzt noch mit den allergrößten Schwierigkeiten  
zu rechnen ist, die einer reichlicheren Versorgung mit Fleisch  
bereit werden, so haben die mehrfährigen Debatten im  
Reichstage den Vätern dieser Stimmung gezeigt, daß  
ihre Allmacht sich der Grenze naht, und daß sie im eignen  
Interesse auf daran tun werden, wenn sie den Bogen nicht  
noch weiter spannen. Es bleibt also vorläufig nichts andres  
übrig, als sich noch zu gedulden und abzuwarten, ob die Ver-  
sprechungen der Regierungen und der Vertreter der Agrarier  
hinsichtlich einer energischen Steigerung der Viehproduktion  
ernstlich gemeint waren und den schönen Worten end-  
lich einmal auch die Tat folgt. Das ist um so notwendiger,  
als nach den neuesten Verfassungen die Fleischpreise im  
Januar d. J. eine geradezu unheimliche Höhe erreicht  
haben. Denn nach den Ermittlungen der „Staatslichen  
Korrespondenz“ über die Kleinhandelspreise an 50 preussischen  
Märkten ergaben sich im Vergleich zum Januar 1909 für  
den Januar d. J. folgende Gegenüberstellungen der Preise  
für ein Kilogramm:

	1909	1913
Rindfleisch	154 Pf.	182 Pf.
Schafffleisch	172	206
Schweinefleisch	164	198
Schweinefleisch	156	183

Die Steigerung ergibt bei Rindfleisch 18, bei Kalb-  
fleisch 19,5, bei Hammelfleisch 17,3 und bei Schweinefleisch  
17,1 Proz. Im Vergleich mit dem Vorjahre stieg der  
Preis für Schweinefleisch von 145,8 auf 183,2 oder um  
27,4 Pf.

Eine weitere Frage von großer wirtschaftlicher Be-  
deutung bildet in der Gegenwart die Wohnungsfrage.  
Sie beschäftigte in den letzten Wochen den Reichstag eben-  
falls und führte sogar zu einer sehr energischen Erklärung  
des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der, des langen Särens  
auf ein selbständiges Vorgehen seitens der Bundesstaaten  
endlich müde, zum Ausdruck brachte, daß wenn Preußen  
nicht bald einen eignen Gesetzentwurf zur Regelung des  
Wohnungswesens seinem Parlament unterbreite, er selbst  
für eine reichsgesetzliche Inangriffnahme dieses Projekts  
eintreten werde. Dies hatte dann auch zur Folge, daß  
auf einmal ein preussischer Wohnungsgesetzentwurf auf der  
Bildfläche erschienen ist. Dessenungeachtet hat sich aber  
sowohl der Reichstag als auch die Budgetkommission des  
Reichstags sehr eingehend mit der Wohnungsfrage be-  
schäftigt, und zwar mit um so mehr Berechtigung, als sich  
der erwähnte preussische Gesetzentwurf zu einer prak-  
tischen Lösung des Problems fast gar nicht eignet. Als  
Mindestangebot kann er dennoch beurteilt werden und  
darum für die übrigen deutschen Bundesstaaten Gelegen-  
heit bieten, etwas mehr soziales Verständnis für die Woh-  
nungsnot zu bekunden. Und für sich geht die Mei-  
nungen der politischen Parteien auch im Reichstag auf  
diesem Gebiete noch sehr weit auseinander, aber selbst der  
Staatssekretär mußte zugeben, daß die Lösung der Woh-  
nungsfrage auf dem Marsch ist, trotzdem die Konservativen  
ein allgemeines Wohnungsrecht geradezu als den Anfang  
„zum Einheitsstaat auf demokratischer Grundlage“ ein-  
schägen und ganz verweigert bekämpfen. So zeigt sich  
auch hier der Zahn der Zeit am Werke. Die alte Welt  
fängt immer mehr an zu bröckeln und neues Leben sproßt  
aus den Ruinen. Denn wenn auch das Resultat der dies-  
maligen Reichstagsverhandlungen kein durchgreifendes ge-  
nannt werden kann und sich nur darin zeigte, daß eine Reso-  
lution angenommen wurde, wonach das Reich unter ge-  
wissen Bedingungen die Bürgerschaft übernehmen wird für  
die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemein-  
nütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis  
90 Proz. des Gesamtwerts von Boden und Bauwerk und  
außerdem die Summe von 4 Millionen für den Bau von  
Kleinwohnungen angemessen erhöht werden soll, so werden  
diese Befehle doch als Anstoß für ernsthafte Versuche  
zur Linderung der Wohnungsnot mittels bundesstaatlicher  
Selbsthilfe zu wirken sein. Je nach Land und Herkunft  
wird diese Wirkung in einzelnen Bundesstaaten zwar sehr  
verschieden sein, aber das Schwert des Damokles in Gestalt

## Volkswirtschaft

### Verschiedene Wirtschaftsprobleme in parlamentarischer Beleuchtung.

Selbst untrer letzten zusammenfassenden Betrachtung über  
die wirtschaftliche Lage im allgemeinen fanden sowohl im  
Reichstage wie im preussischen Abgeordnetenhaus sehr lehr-  
reiche Auseinandersetzungen über verschiedene wichtige Pro-  
bleme rein wirtschaftlicher Natur statt, die weniger in ihren Re-  
sultaten als vielmehr in den dabei zum Ausdruck gebrachten  
Tendenzen als äußerst markante Zeichen der Zeit zu be-  
werten sind. Der deutsche Parlamentarismus zeigte sich  
dabei durchweg als getreues Spiegelbild der großen wirt-  
schaftlichen Gegensätze der Gegenwart und ließ in seinen  
Unterstützungen erkennen, daß die Entwicklung mit gerade-  
zu unheimlicher Konsequenz ihre Bahn geht und durch  
irgendwelche Gesetzeskranken wohl gehemmt, aber nicht  
mehr unterbrochen werden kann. Das lehrte zunächst die  
Debatten im Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes  
zur vorübergehenden Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr,  
der folgenden Wortlaut hat: „Der Bundesrat wird er-  
mächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung  
vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch  
gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene  
Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundes-  
rate vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen  
an die Verbraucher abgeben, den nach Nr. 108 des Zolltarifs er-  
höhten Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erfassen, der sich  
ergibt, wenn anstatt der Zollhöhe von 35 oder 27 Mk. der Zollfuß  
von 18 Mk. für den Doppelpfeiffer zugrunde gelegt wird.“  
Es würde zu weit führen, wollten wir auch nur das wich-  
tigste aus den mehrtägigen Verhandlungen über diese Frage  
hier wiedergeben. Wir wollen daher kurz feststellen, daß  
eine ernsthafte Bekämpfung der Lebensnot nur von der  
Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei zu ver-  
zeichnen war. Insbesondere trat dies in der Behandlung  
einiger Erweiterungsanträge der schon genannten Parteien  
hervor. Es war beantragt, die schikanöse Bestimmung des  
§ 12 des Fleischbeschaugesetzes, wonach aus gefrorenem Fleisch  
nur zusammen mit den inneren Organen des Viehs ein-  
geführt werden darf, unter der Bedingung fallen zu lassen,  
daß im Produktionsland eine Untersuchung des Fleisches  
durch deutsche Tierärzte erfolgt. Das hätte die Möglich-



eines Reichswohnungsgefehles ist in sichtbare Nähe gerückt, und das wird bei den meisten, die etwas Gewicht auf bundestaatliche Selbstständigkeit legen, den Antrieb zur Besserung nicht schlafen lassen. Darum werden wir gut tun, auch in dieser Frage die Hoffnung nicht sinken zu lassen.

Wie unsre Leser an der Hand der bisherigen Ausschnitte aus dem parlamentarischen Leben und Treiben leicht erleben konnten, sind die Meinungsveränderungen der Parteien fast durchweg nur auf eine ganz unersichtliche Beurteilung der Ursachen oder vielmehr meist auf Verwechslung von Ursachen und Wirkungen in wirtschaftlichen Dingen zurückzuführen. Während z. B. die Parteien der Linken die Ursachen der Steuererhöhung in der Hauptsache in einer verkehrten Schutzpolitik erblickten, finden die meisten Männer der Rechten einschließlich des Zentrums die Ursachen in zu großen Ansprüchen an das Leben seitens der breiten Massen der Bevölkerung. Ähnlich liegt es auch in der Wohnungsfrage und, wie aus Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus am 7. Februar d. J. hervorging, auch in der Beurteilung des Geburtenrückganges. Da hat der Ministerialdirektor Dr. Kirchner als Vertreter der preußischen Medizinalverwaltung sehr einseitige Ansichten zum besten gegeben. Er sagte: „Bei der Frage, worauf die Abnahme der Geburtenziffer zurückzuführen ist, sind die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse unsres Lebens nicht in Rücksicht zu ziehen, im Gegenteil gibt jeder zu, daß sich der ganze wirtschaftliche Zustand unsres Volkes in den letzten Jahrzehnten in weitem Maße gehoben habe“. Viele Ministerialweisheit steht nun mit den wirklichen Tatsachen in großem Widerspruch. Denn die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kam nicht der großen Masse der Bevölkerung zu, sondern zum größten Teile nur einer dünnen Oberschicht. Und mit vollem Rechte macht daher die „Konjunktur“ folgende Vollen zu dieser weitfremden Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihres Zusammenhanges mit der Frage des Geburtenrückganges: Für die große Masse der Arbeiterbevölkerung reichte die nach schweren Kämpfen erzielte Steigerung des Lohnneinkommens meist nicht einmal hin, um die Steigerung der Lebensmittel- und Mietpreise sowie die Erhöhung der Steuern und sonstigen Lasten auszugleichen. Von einer Besserung der Lebenshaltung kann gar keine Rede sein, obwohl eine solche schon gerechtfertigt wäre im Hinblick auf die höheren Anforderungen, die im modernen industriellen Betriebe an die Arbeitskraft des einzelnen gestellt werden. Der Ministerialdirektor Dr. Kirchner glaubte einen besonderen Trunpfauszu spielen, als er „festnagelte“, daß der Geburtenrückgang im Osten Berlins, dem Arbeiterviertel der Reichshauptstadt, am größten sei. Wenn der Herr Ministerialdirektor über die Einkommens-, Wohn- und allgemeinen Lebensverhältnisse der Groß-Berliner Arbeiterchaft genauer informiert wäre, würde er sich über den Geburtenrückgang in diesen Kreisen wohl kaum noch wundern. Er hätte sich nur in den früheren Morgenstunden oder am Abende vor dem Eingang einer Fabrik in Berlin O. ober an einer der wichtigsten Straßenkreuzungen jenes Stadtviertels aufstellen und die Scharen der Männer und Frauen auf ihrem Wege zur Arbeitshütte beobachten sollen. Hier hätte er wohl rasch begriffen, welche Anmenge von Frauen durch die schwere Fabrikarbeit ihrem Beruf als Mutter entzogen und für diesen überhaupt physisch untauglich gemacht werden. Ferner hätte der Vertreter der Medizinalverwaltung unzählige Frauen sehen können, die schon beim Morgenrauschen ihre oft noch außerordentlich jungen und zarten Kinder zu einem Kinderhort oder in private Pflege bringen, um sie am Abende, nach beendeter Arbeitsszeit, wieder abzuholen und mit nach Hause zu schleppen. Noch größer ist die Zahl derer, die ihre Kinder zu Hause, oft ohne jede Pflege und Bewachung, sich selbst überlassen müssen. Unter solchen Umständen bedeutet tatsächlich jede Geburt ein Unglück für die Eltern. Die Verhütung der Empfängnis entspringt zwar dem klaren Willen, keine Kinder in die Welt zu setzen, sie hat aber ihren tiefsten Grund in den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Warum will man plötzlich den Arbeiterfamilien das verbieten, was bisher ein Privileg der wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung war! Allerdings sind die Motive, die bei den oberen Zehntausend zur Beschränkung der Kinderzahl führten, anderer Art. Hier herrscht so viel Luxusbedürfnis und Appigkeit, daß jeder Familienzuwachs schon deshalb unerwünscht ist, weil er die Dame des Hauses an der Erledigung der „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ und am Amüsement zeitweilig hindert. Der Ministerialdirektor Dr. Kirchner hat gegen den Verkauf antikonzeptioneller Mittel in Arbeiterverleihen gewettert. Warum eigentlich? Ist es der Medizinalverwaltung etwa unbekannt, daß alljährlich unzählige Damen der besseren bürgerlichen Gesellschaft nach Belgien reisen, aus dem einfachen Grunde, weil dort eine Strafbestimmung für Abtreibung nicht existiert? Wiesen doch die belgischen Ärzte ihre guten Dienste ganz offen im Infratenfelle der „besseren“ Kreise des Großdeutscheleandes gelebten Tagespresse an! Eine Arbeiterfrau kann sich freilich keine Reise nach Västich oder Brüssel und keine Nachkur in Scheveningen oder Ostende leisten! — Es kann ja nun leider nicht beachtet werden, daß die sehr irtigen Darlegungen des Regierungsveterärs im preußischen Abgeordnetenhaus von den Volksvertretern der Wahrheit entsprechend korrigiert worden seien. Und darin zeigt sich so recht der Unterschied zwischen dem deutschen Reichstag und dem preußischen Abgeordnetenhaus, gleichzeitig aber auch die kolossale Schwereigkeit, im größten deutschen Bundesstaate Gesetze zu schaffen, die dem Volkswillen entsprechen.

Und trotzdem rückt auch an der Gesetzgebung dieses mächtigsten deutschen Bundesstaates der Geist der neuen Zeit, beifühn, aber mit schrittweisem Erfolge zum größten Entsetzen aller preußischen Sunker, und zwar weniger in politischen als in rein wirtschaftlichen Fragen. Ein kritischer

Tag erster Ordnung in diesem Sinne war der 4. Februar d. J., allwo im preußischen Herrenhaus ein sehr bescheidenes Wassersegele die Rücken in sich zeigte, dem Fürsten zu Salm-Horstmar, dem Grafen v. Seidlitz-Gandredici, dem Grafen Pleßberg-Deubusen und dem Grafen Droste-Bißering ihre so oft besonnte Vaterlandsliebe ganz gewaltig zu verdrängern. Es war ein kurzer aber heißer Kampf zwischen Interessen des adligen Großgrundbesitzes und jenen der Industrie. Die Industrie und die Interessen der Allgemeinheit siegten. Der Vorgang scheint uns wichtig genug, um ihm im Rahmen dieser Betrachtung verschiedener wirtschaftlicher Fragen in parlamentarischer Beleuchtung als Schlüsselstein wirken zu lassen. Im Grunde genommen handelte es sich bei dem in Frage kommenden Gesetze nur darum, auch für Preußen in bezug auf Regelung eines besseren Wasserabflusses der stehenden oder fließenden Gewässer die Grundzüge anzuerkennen, die im Interesse aller Angreiser an einen Wasserlauf in den süddeutschen Bundesstaaten schon längst als selbstverständlich angesehen werden und auch schon seit langem landesgesetzlich sanktioniert sind. In dem zur Beschlussfassung dem preußischen Herrenhause vorgelegten Gesetze wird in den §§ 308 und 309 zum Ausdruck gebracht, daß zugunsten eines Unternehmers, das die Entwässerung von Grundstücken, die Befestigung von Abwässern oder die bessere Ausnutzung einer Triebwerksanlage bezweckt, der Unternehmer von den Eigentümern eines Wasserlaufs sowie von den Eigentümern der zur Durchführung des Unternehmens erforderlichen Grundstücke verlangen kann, daß sie die zur Selbstführung eines besseren Wasserabflusses dienenden Veränderungen des Wasserlaufs gegen Entschädigung zu dulden haben, wenn das Unternehmen anders nicht zweckmäßig oder nur mit erheblichen Mehrkosten durchgeführt werden kann. Gegen diese im Interesse der wirtschaftlichen Weiterentwicklung sowohl der Landwirtschaft wie der Industrie gelegenen sozusagen selbstverständlichen Bestimmung hielten sich sieben preussische Verbände verpflichtet, Sturm zu laufen. Das „Berliner Tageblatt“ schilderte diese Affäre des „Fährleins der sieben Aufrechten“ folgendermaßen: „Da trat Graf Mirbach auf den Plan. Er will überhaupt keine neuen Gesetze mehr, weil man schon genug damit zu tun hat, die früheren Gesetze auswendig zu lernen. Es ärgert ihn aber noch besonders, daß künftig fremde Leute auf seinen Seen sollen Kahn fahren dürfen. Es ist etwas ganz anders, ob ich jemandem auf meinem See gestatte, Kachn zu fahren, oder ob ich mir das gefallen lassen muß“, sagte er. Da war Graf Fürst zu Salm-Horstmar; ihm liegt offenbar sein Park besonders am Herzen. Es ist ihm unerträglich, daß der Industrielle Leute in seinen Garten oder Wald schießt, um die Leistung nachzuheben. Er sieht bereits dem Wilddiebstahl, dem Fischdiebstahl und der Wildbieberei Tür und Tor geöffnet. Wenn mir ein kleiner klarer Bach verunreinigt wird, so kann mir die eingangene Freude niemand erlösen“, meinte er. Und von seinem Standpunkte hat er natürlich in gewissem Sinne recht. Da war Graf Pleßberg-Deubusen, der in den sozialistischen Anwendungen des Gesetzes einen ungeheuer gefährlichen Schritt erblickte. Da war endlich der Graf Droste-Bißering, der rund und nett erklärte: „Wir nähern uns bedenklich dem Kollektivismus.“ Und da passierte es dann ausgerechnet im preussischen Herrenhaus, also im exklusivsten aller deutschen Parlamente, daß sich der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer gegen den Verdrach wehren mußte, daß er ein verkappter Sozialist sei. Aber das ominöse Wassersegele wurde mit allen gegen nur sieben Stimmen angenommen. So ist die Entwicklung unerbittlich; sie schreitet selbst in Preußen über die Überlebensgrenzen der „guten alten Zeit“ rücksichtslos hinweg. Es geht zwar alles noch verzweifelt langsam, aber gerade dieser interessante Vorfall im preussischen Herrenhause zeigt, daß die Entwicklung nicht stille steht und sogar an die Burg- und Parkorte der preussischen Reichsunmittelbaren anknüpft, und zwar aus rein wirtschaftlichen Gründen. Das ist das auffallendste, aber auch entscheidendste Merkmal der Zeitperiode, in der wir leben. Es ist ein Umwälzungsprozess, dessen jeweilige Formen in letzter Linie auch vom Entwicklungsgrad und dem Einflusse der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen abhängen.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Gera.** In der am 8. Februar stattgehabten Hauptversammlung des Ortsvereins erstattete zunächst Kassierer Ranken den Kassenbericht über das vierte Quartal 1912. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Hierauf wurden die üblichen Jahresberichte gegeben. Die Kollegen der neuerrichteten Druckerei in Münschendorf beabsichtigten, sich dem Ortsvereine Gera anzuschließen. Nach einer längeren Aussprache wurde dem Eruchen entsprochen. Beim Punkte „Neuwahlen“ wurde der alte Vorstand und die Revisoren wieder und drei Krankheitsbedürftiger neugewählt. Dem Fonds zur Feier des 50jährigen Bestehens des Ortsvereins im Jahre 1918 wurden weitere 100 Mk. zugeführt. Eine Angelegenheit lokaler Natur bildete den Schluss der Versammlung.

**Göfingen.** Die erste in diesem Jahre stattgehabte Bezirksversammlung fand am 9. Februar in Saan-Münden statt; erfreulicherweise waren fast alle Mitglieder dazu erschienen. Nachdem die „Niederfals Gubenberg“ die Versammlung durch ein stimmungsvolles Chorlied eingeleitet, gab Kollege Schwerdfeger den Kassenbericht. Das vom Gauvorsitzersvertreter Frische (Sannover) gehaltene interessante und lehrreiche Referat über: „Unsre Organisation, ihre Kämpfe, ihre Bestrebungen und ihre Erfolge“, löste ausfälligen Beifall aus. Sollen sich werden die Kollegen aus der vor ihnen aufgetrollten Organisationsgeschichte den Nutzen ziehen und den kräftigen Appell des

Vorstehenden, freu zusammenzuhalten und sich stets fleißig am Vereins- wie Verbandsleben zu beteiligen, beherzigen. Ein vom Kollegen Henkel zur Verbandsgeneralversammlung eingebrachter und ausführlich begründeter Antrag auf Einführung des „Korr.“-Obligatoriums wurde einstimmig angenommen. Unter „Verstehenem“ wurde sodann ein Inserat aus Nr. 11 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ verlesen, worin ein fleißiger „Idealmench für alles“ (nebenbei bemerkt, ein Falschm, Marke M.-B.) sich beifühn ließ, zu beweisen, daß Theorie und Praxis zweierlei ist. (Wir lieben dem Inseraten in Nr. 20 die nötige „Würdigung“ zuteil werden. Red.) Große Heiterkeit erregte die Mitteilung aus Wüderfadt, daß ein dortselbst im vorigen Jahr unternommener Fikschug der Firma „Groß, Gelder & Co.“ recht kläglich und ergebnislos verlaufen ist und seit jener Zeit auch die Eraktändensendungen unterblieben. Mit dem hauptsächlich an die Göfingen Mitglieder gerichteten Wunsche, daß der Versammlungsbesuch stets so zahlreich bleiben möge, und daß die Worte des Kollegen Frische auf fruchtbaren Boden gefallen sein mögen, schloß der Vorstehende die rege verlaufene Versammlung.

**Hannover.** (Drucker- und Maschinenmeisterverein.) Die am 26. Januar stattgehabte Generalversammlung war von 120 Mitgliedern besucht. Der Vorstehende begrüßte die aus Braunschweig und Celle erschienenen Kollegen, machte hierauf einige Mitteilungen über die zu gründende Buchdruckerfachschule und die in nächster Zeit beginnenden Meisterkurse. Er ging dann auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht näher ein, dabei den Mitgliedern ans Herz legend, die Versammlungen, technischen Vorträge und Kurse besser wie im abgelaufenen Jahre zu besuchen, den Verein als Bildungsstätte zu betrachten, damit ein jeder Kollege bei den fälligen Neuerscheinungen auf dem laufenden bleibe. Der Kollege Schaper forderte als Mitglied des Tariffchiedsgerichts die Kollegen auf, bei Einreichung einer Klage die Klageschrift klar und deutlich abzufassen, damit hierdurch nicht fortwährend Schwierigkeiten entständen. Die Kollegen, die sich das ganze Jahr nicht in der Versammlung sehen ließen, sollen schriftlich aufgefordert werden, sich mehr am Vereinsleben zu beteiligen. Kollege Engelhardt berichtete als Mitglied der Technischen Kommission über deren Tätigkeit im verfloffenen Jahr und forderte die Kollegen auf, die Arbeit der Kommission mehr zu unterstützen durch Teilnahme an deren Veranstaltungen. Zum Kassenberichte gab hernach der Kassierer die nötigen Aufklärungen. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf ging man zum Hauptpunkte der Tagesordnung: Gründung eines Gaumachinenmeistervereins über. Hierzu waren die Kollegen Röh und Sagemann vom Vorstande des Braunschweiger Maschinenmeistervereins erschienen. Vorstehender Bullerdick führte hierzu aus, daß für die Gründung eines Gaumachinenmeistervereins ein Bedürfnis vorliege; namentlich sei es für die Provinzkollegen von Vorteil, wenn diese einem größeren Verein angeschlossen wären, zu ihrer weiteren technischen Ausbildung sowohl wie in tariflicher Hinsicht. Kollege Röh stellte mit, daß der Maschinenmeisterverein Braunschweig die Gründung des Gauvereins mit Freuden begrüßt habe und führte die verschiedenen Gründe hierfür an. Nachdem dann noch verschiedene Kollegen dazu gesprochen, wurde die Gründung eines Gaumachinenmeistervereins einstimmig beschlossen. Hierauf wurden die im Entwurfe vorliegenden Satzungen durchgesehen. Mit einigen kleinen Änderungen erfolgte deren Annahme. Die angeschlossenen Vereine werden ersucht, sich in Kassenangelegenheiten an Gustav Schremmer, Linden vor Hannover, Reimstraße 15, in allen sonstigen schriftlichen Angelegenheiten an Wilhelm Wöckner, Hannover, Schlägerstraße 8, zu wenden. Bei der nunmehr stattfindenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit großer Mehrheit wiedergewählt, ebenso die Technische Kommission. Der Beitrag wurde in bisheriger Höhe (30 Pf.) beifallen. Ein Antrag aus der Versammlung mußte wegen vorgerückter Zeit zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Hierauf schloß der Vorstehende mit einem Koch auf die Maschinenmeisterbewegung die Generalversammlung.

**Möfelin.** In unker am 1. Februar stattgehabten Generalversammlung gab Vorstehender Ohmann eingehenden Bericht über das verfloffene Jahr. Hierauf nahm die Versammlung den Kassenbericht entgegen. Aus der nun folgenden Wahl ging als Vorstehender Kollege Westler hervor. Das Gebaren der hiesigen Hofbuchdruckerei, welche sich bei eintretendem Arbeitsmangel des älteren verheirateten Personals zu entlasten beliebt, wurde einer Kritik unterzogen. Das Stifftungsfest soll in einem gefelligen Beisammensein gefeiert werden.

**T. Krefeld.** Am 8. Februar fand unsre Monatsversammlung statt, welche leider nur von 60 Kollegen, = 25 Proz. der Gesamtzahl, besucht war. Nach Eröffnung der „Vereinsmitteilungen“ durch Kollegen Erkelenz, in denen besonders hervorgehoben wurde, die Statistiken sorgfältiger auszufüllen und pünktlicher einzuliefern, gab Kollege Jähren den Kassenbericht für das vierte Quartal 1912 in ausführlicher Weise. Sodann wurde ein neuausgewählter Kollege, der demnachst die Gehilfenprüfung machen wird, zur Aufnahme in den Verband empfohlen. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Everh in bekannt muster-gültiger Weise erstattet. Das diesjährige Sohammestfest soll in Verbindung mit dem 30jährigen Stifftungsseste des Ortsvereins in Form eines Saalfestes abgehalten werden; mit den nötigen Vorarbeiten wird sich eine hierzu besonders gewählte Kommission befassen. Bis dahin verließ die Versammlung ganz wie am Schnürchen, dann pläzte das Wort „Niederbeifische Volkszeitung“ hinein und der Kampf der „Geister“ begann, um in scharf endloser Debatte zu schließen. Es folgte noch eine Auseinandersetzung über die Lehrlingsfrage im allgemeinen und ihre Sandhahung in der „Niederbeifischen Volkszeitung“ im besondern.



**Leipzig. (Maschinenlehrer.)** In der Versammlung am 9. Februar hielt nach den vom Vorsitzenden erstatteten Vereinsmitteilungen Kollege Bauer ein sehr interessantes Referat über den § 58 des Tarifs. Die rege Diskussion bewies, daß in bezug auf Auslegung der Paragraphen über das Berechnen noch große Meinungsverschiedenheiten bestehen und daß deshalb eine besondere Aussprache hierüber nur vom größtem Vorteil ist. Auch das Technische nahm einen breiten Raum ein. Neben der üblichen Revue über alle Neuerungen auf dem Sehmachungsgebiete wurde auch der Stink-Luft (Wärme- und Gasregler) einer eingehenden Besprechung unterzogen. Das einmündige Urteil aller Redner ging dahin, daß der Apparat das Nicht halbe, was er verspricht. Weiterhin fand auch die Schnellsehmachungsgesellschaft mit ihren nur noch vom Redakteur zu bedienenden Zapfapparaten Erwähnung, welche letztere aber noch nicht marktfähig zu sein scheinen. Das Urteil eines alten Praktikers darüber ist das folgende: Die Linofarbe, mit diesem neuen Apparat versehen, wird in Zukunft nicht mehr einen, sondern zwei Mann zu ihrer Bedienung gebrauchen. Des Weiteren wurde noch eine Kontrolluhr (Seilenzähler) praktisch vorgestellt, und das neue Instruktionbuch der Mergenthaler Sehmachungsfabrik als sehr vorteilhaft zur Anschaffung empfohlen. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Das Stiftungsfest findet am 30. März statt. Nächste Versammlung am 2. März.

**Ziegenh.** Am den 8. Februar stattgehabten Versammlung nahmen von 104 am Orte beschäftigten Kollegen 55 Mitglieder teil. Beim Punkte „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende das Resultat der Bezirksvorstandswahl und die Resoluten bekannt. Hierauf wurde ein aus gelernter Kollege in unsere Organisation aufgenommen. Kollege Berdau erstattete alsdann den Kasfenbericht pro viertes Quartal 1912 und gab noch einen Rückblick über das verlossene Geschäftsjahr. Für seine mühevollgeführte Kasfenführung wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Nach Erstattung des Kartellberichts durch Kollegen Kolemank schritt man zur Beratung der Anträge des Verbandsvorstandes zur Generalversammlung. Diese Anträge wurden von den Kollegen durch Vergleich mit den jetzt geltenden Bestimmungen besprochen. Die Aussprache ergab, daß sich die Versammlung mit den vorgeschlagenen Änderungen nicht einverstanden erklären konnte. Es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Generalversammlung eine angemessene Erhöhung der Arbeitslohn-, Kranken- und Invalidenunterstützung vornehmen möchte, da doch die jetzigen Unterstützungsätze in diesen Zweigen der herrschenden Teuerung nicht entsprechen. Ferner beschloß die Versammlung, auch vom Bezirke Ziegenh als einen Kandidaten zu nominieren, und zwar wurde hierfür Vorsitzender Scholz in Vorschlag gebracht. Unter „Verschiedenem“ gab der Vorsitzende die Bestimmungen über das An- und Abmelden beim Arbeitsnachweise bekannt. Ferner wies er noch auf die geltenden Krankenkassenvorschriften hin, welche kranke Kollegen unbedingt befolgen müssen, wenn sie nicht für ihr Verhalten in Strafe genommen werden wollen. Zum Schluß kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache.

**K. Marburg.** Ihre am 9. Februar abgehaltene Bezirksversammlung war aus allen Druckorten des Bezirkes recht gut besucht. Nach Begrüßung und Erstattung des Jahresberichts durch Vorsitzenden Weber wurden die verschiedenen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung ziemlich glatt erledigt. Bei der Vorstandswahl wurden als Vorsitzender Kollege Weber und als Kassierer Kollege Knopf wiedergewählt. Der Schriftführer wurde neu gewählt. Zum Gantage wurden Anträge nicht gestellt. Als Kandidaten zum Gantage wurden vier Kollegen vorgeschlagen. Sodann wurden die vom Verbandsvorstand und der Gantagekonferenz ausgearbeiteten Anträge zur Generalversammlung lebhaft diskutiert, Anträge zur Generalversammlung jedoch nicht gestellt. Einmündig wurde als Delegierter zur Generalversammlung Kollege Weber in Vorschlag gebracht. Die von echt kollegialem Geiste getragenen Verhandlungen fanden mit einem begeisterten Hoch auf den Verband ihren Abschluß. — Es schloß sich ein gemeinschaftliches Mittagessen an. Nachmittags fand eine Besichtigung der Linofarbe in der Kochschen Universitätsdruckerei statt. Die nächste Bezirksversammlung soll in Dillenburg abgehalten werden.

**B. Bezirk Meß.** Die am 9. Februar stattgehabte Generalversammlung war, besonders von den Provinzialkollegen, gut besucht. Ein großer Teil der notorischen Versammlungsschwänzer — alte wie junge — fand es aber auch diesmal nicht der Mühe wert, der Hauptversammlung anzuwohnen. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ wurde besonders auf die Internationale Ausstellung 1914 in Leipzig hingewiesen. Leider ist es aber wegen der großen Entfernung nicht möglich, daß ein „Ausflug“ größeren Umfangs dorthin stattfinden kann. Jahres- und Kasfenberichte, die gedruckt vorlagen, wurden genehmigt. Bei der Wahl der Funktionäre wurden sämtliche bisherigen Vorstandsmitglieder sowie der Reiskasserverwalter wiedergewählt. Die Wahl der einzelnen Kommissionen wurde auf eine demnächstige Ortsversammlung verschoben. Als Ort der nächsten Halbjahrsversammlung wurde Forbach bestimmt, wo auch zugleich das Johannisfest stattfindet. Die reichhaltige Tagesordnung wurde ruhig und sachlich erledigt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**J. Raumburg a. S. (Vierteljahrsbericht.)** Die Versammlung am 16. November wies einen Besuch von 106 Mitgliedern auf. Entschieden wurde einer Anregung des Vorstandes zwecks Einführung von Sparrmarken für die Internationale Ausstellung in Leipzig. Der gedruckt vorliegende Rechenschaftsbericht gab zu Erörterungen keinen Anlaß. Nach Beschlußfassung über ein Weihnachtsgewinnigen

land der Kartellbericht seine Erledigung, welchen sich die Erläuterung einiger Tarifparagrafen anschloß. — Die Hauptversammlung am 18. Januar hatte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu befassen. Vor Eintritt in diese wurde zunächst dem verstorbenen Kollegen Bley die übliche Ehrung zuteil. Der Jahresbericht, welcher gedruckt vorlag, fand gute Aufnahme, worauf der Kassierer eine einwandfreie Kasfenrechnung vorlegte und der Schriftführer eine Statistik über den Versammlungsbesuch der einzelnen Mitglieder gab, nach welcher 24 Kollegen überhaupt keine Versammlung besuchten. Der Vorsitzende nahm hierauf Veranlassung, diesen Kollegen seine „Sachachtung“ in treffenden Worten auszusprechen. Nach einer Neuaufnahme wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Die wichtigsten Posten blieben in dem Besitze der bisherigen Kollegen, während die übrigen Ämter in der Personenfrage eine wesentliche Änderung erlitten. Die Beiträge und Leistungen wurden in der bisherigen Höhe beibehalten. Dem Gesangsverein „Gutenberg“ sowie der Typographischen Vereinigung wurden je 25 Mk., der Bibliothekskasse 50 Mk. bewilligt. Sodann erfolgte die Erstattung des Kartellberichts, wobei des näheren noch auf die „Vollstufvorlage“ eingegangen wurde. Bei der Wahl der Kartelldelegierten ist keine Änderung zu verzeichnen. Zu erwähnen wäre noch, daß das hiesige Schiedsgericht im verlossenen Jahre 30 Klagen erledigt hat. Von diesen waren 19 von Gehilfen und 11 von Prinzipalen eingereicht. — Die Versammlung am 5. Februar befaßte sich hauptsächlich mit den Anträgen zur Generalversammlung, welche in eingehender Weise beraten wurden. Die von der Gantagekonferenz vorgeschlagene Herabsetzung der einzelnen Unterstützungen fand keineswegs die Zustimmung der Versammlung. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Leichmann aufgestellt. Es wäre überhaupt zu wünschen, wenn alle Bezirke in gleicher Weise vorgehen und ebenfalls nur einen Kandidaten aufstellen, damit es nicht vorkommt, daß ein Bezirk unres Gaus mit zwei Delegierten auf der Generalversammlung vertreten ist. Nach Bekanntgabe des Kartellberichts durch den zweiten Vorsitzenden und Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die von 123 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Nördlingen.** Ihre am 7. Februar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Die nach den erstatteten Berichten des Vorsitzenden und Kassierers vorgenommenen Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes bis auf einen Revisor. Zum Gantage wurde ein Antrag, die Lehrlingsprüfung betreffend, gestellt.

**Würzburg.** Die Generalversammlung am 26. Januar wie auch ihre Fortsetzung am 8. Februar waren von zwei Dritteln der Mitgliedschaft besucht. Nach Ehrung der im Jahre 1912 verstorbenen Kollegen seitens des Vorsitzenden und der Versammlung gab Kollege Hemmerich den Jahresbericht des Vorstandes. Sein mit großem Beifall ausgenommener Bericht klang aus in der Ermahnung der Kollegen, eingedenk der allgemeinen Situation mehr Gewerkschaftler zu sein, und der jüngeren Kollegen im speziellen, mit Rücksicht auf die ferneren Zeiten mehr an die Selbstausbildung zu denken. Die Abrechnung vom vierten Quartale 1912 und der Jahresbericht der Verwaltung fanden debatteloses Genehmigen, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Alsdann erstattete Kollege Kipke den Bericht des Gewerkschaftskartells, welcher neben Mitteilungen örtlicher Angelegenheiten erkennen ließ, daß die Veranstaltungen des Kartells nicht in wünschenswerter Weise gewürdigt werden. Nunmehr fand eine Änderung des Ortsstatuts insofern statt, als beschlossen wurde, den Vorstand in Zukunft durch Urabstimmung zu wählen. Wegen der vorgerückten Zeit mußte die Generalversammlung auf den 8. Februar verlagert werden, obwohl der alte Vorstand, mit Ausnahme des zweiten Beisitzers, wiedergewählt wurde; die Wahl der Kartelldelegierten ergab keine Änderung. Nachdem Kollege Hemmerich dem ausgeschiedenen Vorstandsmitgliede den Dank für seine Mithaltung ausgesprochen hatte, beschloß sich die Versammlung mit dem bevorstehenden Gantage und genehmigte nach ausgiebiger Debatte den Antrag auf Einleitung des Gaus Bayern in Bezirke. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl wurden zehn Kollegen aufgestellt und eine fünfjährige Wahlkommission hierzu gewählt. Nach einer kurzen Debatte über die Ferienfrage am hiesigen Ort und Bekanntgabe eines gangbaren Wegs zur Erlangung von Ferien schloß Kollege Hemmerich mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Anmeldungsaufrorderung zur Gehilfenprüfung in München.** Am 5. und 6. April findet in der Buchdruckerfachschule zu München, Brandstraße 2, die nächste Buchdruckergehilfenprüfung statt. Anmeldungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn S. B. Grahl, Buchdruckerbesitzer, München, Gschäftstraße 12 I., von wo auch die vorgeschriebenen Anmeldeformularle zu beziehen sind.

**Gewerbegerichtsscheid gegen die Buchdruckerrei Schächermann & de Greiff in Krefeld.** Vor einigen Tagen hatte das Krefelder Gewerbegericht über die schon einmal wegen Befangenheit des Vorsitzenden verlagte Klage von neun Buchdruckergehilfen gegen die dortige Buchdruckerrei von Schächermann & de Greiff wegen Entschädigung für rechtswidrige Entlassung zu entscheiden. Dem „Generalanzeiger für Krefeld und Niederrhein“ entnehmen wir über den Verlauf und Ausgang der Verhandlung folgendes: Zur Begründung ihrer Forderungen stützten die ersten fünf Kläger u. a. aus, der Beklagte habe ihnen am einem Morgen gesagt, wenn es hier (im Betriebe des Beklagten) nicht gefalle, könne gehen. Sie (die Kläger) hätten hierauf jedoch nicht erwidert, sondern weiter gearbeitet. Am Nachmittage, bei Beginn der Arbeitszeit, habe der Beklagte ihnen dann kurzerhand erklärt, sie könnten gehen, in einer Stunde könnten sie sich ihre Sachen holen. Als sie nach einer Stunde wiederkamen, um ihre Arbeitskleidung zu holen, habe der Beklagte ihnen erklärt, sie hätten im Betriebe nichts mehr verloren. Die Firma ist bekanntlich durch Preisstleuberei aus der Tariftgemeinschaft ausgeschlossen worden. Der Beklagte hielt den Ausführungen der Kläger entgegen, daß er ihnen gesagt habe, sie sollten heute nachmittag gehen, in der Voraussetzung, daß sie am andern Morgen wieder zur Arbeit erscheinen würden. Der von den Klägern geladene Zeuge sagte u. a. aus, daß der Beklagte am Nachmittage den Klägern die einfache Erklärung abgegeben habe, sie könnten gehen, in einer Stunde sollten sie sich ihre Sachen holen. Der Zeuge des Beklagten widersprach sich in seinen Aussagen wiederholt, mußte jedoch die Erklärung des Beklagten, wie sie die Kläger angegeben hatten, zugeben. Die vier Maschinenmeister machten zur Begründung ihrer Klageforderung geltend, daß der Beklagte ihnen am Morgen ebenfalls erklärt habe, wenn es hier im Betriebe nicht gefalle, der könne gehen. Der Beklagte erhob gegen die Kläger Widerklage, weil ihm durch die Arbeitsniederlegung der Kläger sowie dadurch, daß die Kläger ihm Material verdorben haben sollten, ein nicht unbedeutender Schaden entstanden sei. Zur Klage der Maschinenmeister führte der Beklagte noch an, daß er diese verurteilt habe unter Hinweis darauf, daß er sie für den Schaden verantwortlich mache. Die Kläger wendeten hiergegen ein, daß sie die letzteren Ausführungen des Beklagten so aufgefaßt hätten, als sich der Schaden auf die Beschädigung der Maschinen bezogen hätte. Nach längerer Beratung schloß das Gericht folgendes Urteil: Der Beklagte wird verurteilt, an die fünf Kläger die von ihnen eingeklagten Beträge zu zahlen, der Beklagte wird mit seiner Widerklage abgewiesen. Durch die Erklärung des Beklagten am Vormittage sei die Klage zu der Ansicht gekommen, daß der Beklagte keinen Wert mehr darauf gelegt habe, ob die Kläger noch weiter arbeiteten. Den Aussagen des Zeugen des Beklagten könne durch ihre Widersprüche kein großer Wert beigemessen werden. Eine unberechtigete Entlassung liege in der Erklärung des Beklagten am Nachmittage den Klägern gegenüber: sie könnten gehen, in einer Stunde könnten sie sich ihre Sachen holen. Was die Klage der vier Maschinenmeister betreffe, so sei auch in diesem Falle die Firma dem Antrage der Kläger gemäß zu verurteilen. Der verdiente Lohn stehe den Klägern zu. Die Forderungen seien materiell begründet. Einen Schadensnachweis habe die beklagte Firma nicht erbracht. Durch die Anknüpfung am Vormittage sei auch diesen Klägern angedeutet worden, daß auf ihre Weiterarbeit kein besonderer Wert gelegt werden sei. Es wurde somit der Firma an Gerichtsstelle bestätigt, daß, wie ihr Verhalten gegenüber ihren eignen Kollegen durch fortgesetzte Mithaltung des von den maßgebenden Organisationen im Buchdruckgewerbe anerkannten Druckpreissetarifs gegen die freiwillig geschlossene gewerbliche Ordnung in unserm Gewerbe verstoß, auch ihr Verhalten gegenüber den Arbeitern mit der reichsgerichtlichen Gewerbeordnung im Widerspruch stehe, was hoffentlich dazu beiträgt, den Inhabern der Firma um so eindringlicher begreiflich zu machen, daß ihr egoistisches Aufsehen gegen gewerbliche Vereinbarungen der großen Mehrheit im Buchdruckgewerbe nicht nur das Ansehen des Gewerbes schädigt, sondern auch ihr eignes.

o o o o o Rundschau o o o o o

**Beachtenswerte Mahnung.** Wie wir einem Ausschnitt aus dem „Ostfriesischen Kurier“ in Norden entnehmen, erlebte der Bezirksverein Ostfriesland unseres Verbandes im Inzeratentelle des genannten Blattes an die Eltern, Vormünder und Schullehrer der zu Ostern d. J. zur Entlassung kommenden Jugend eine ernste Mahnung, nicht blindlings den Buchdruckerberuf ergreifen zu lassen, da infolge der rapiden maschinellen Entwicklung in unserm Beruf eine große Arbeitslosigkeit vorherrscht. Die beteiligten Kreise werden außerdem im lokalen Zeile der betreffenden Zeitung auf die Anzeige aufmerksam gemacht und aufgefordert, sich eventuell an einen der Unterzeichner des Inzerats zu wenden.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Ulm haben die Kollegen Karl Gerthofer, Karl Schmiedle und Adolf Morlock aus Geislingen an der Steige die Meisterprüfung mit gutem Erfolg abgelegt und in Bingen a. Rh. der Kollege Richard Blaschke.

**Sitgelegenheit für Handfcher während der Arbeit.** Der Magistrat von Arahau hat nach einer Mitteilung der „Ssterreichisch-Ungarischen Buchdruckerzeitung“ vor kurzem nachstehenden Erlaß hinausgegeben: „Im die Seher vor dauernder Erwerbsunfähigkeit, welche durch das fortwährende Stehen bei der Arbeit sehr oft verursacht wird, zu schützen und um schwere Fälle, welche unter solchen Umständen vorkommen (wie z. B. Blutung der Krampfadern), zu verhüten, sind in den Seherkassen eine Anzahl von Stühlen (Böcke) einzuführen und zu erhalten, damit ein jeder Seher, wenn dies die Art seiner Arbeit nicht ausschließt, sich setzen kann, oder auch dazu, damit er seine Arbeit sitzend verrichte. Hierzu wird bemerkt, daß das Sitzen bei der Arbeit technisch durchzuführen möglich ist, und zwar bei solchen Regalen, welche einen freien Raum für die Beine des sitzenden Sehers haben. Statt Gaslicht soll Elektrizität mit matten Lampen eingeführt werden.“ Diese Art praktischer Vorbeugung gegen vorzeitige Erwerbsunfähigkeit vieler Handfcher wäre auch in Deutschland sehr zu empfehlen. Denn die Beinleiden und sonstigen Beschwerden, (Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 23 — Leipzig, den 25. Februar 1913

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## (Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

die in dem fortwährenden Stehen auf einem Flecke bei der Arbeit eines Seheres ihre Ursache haben, sind sehr zahlreich, so daß es auch für Deutschland zu wünschen wäre, die Gesetzgebung würde sich an dem Vorgehen des Krakauer Magistrats ein Beispiel nehmen.

**Die Lehrlingsfrage im Zeitungsverlag.** In Nr. 8 des „Zeitungsverlags“ fand ein kurzer Artikel unter der Überschrift „Lehrlinge“ Abdruck, aus welchem zu entnehmen ist, daß die Zeitungsverleger nicht nur über Mangel an gutem technischen Personal zu klagen verstehen, sondern auch mit der Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Personals im Zeitungsverlag in keiner Weise zufrieden sind. Der Artikelschreiber bemüht sich, die Ursachen dieser Erscheinung möglichst objektiv zu prüfen und erwähnt infolgedessen manches, das auch von unserm Standpunkt aus in der Lehrlingsfrage keine Berechtigung hat, weshalb wir es als zweckmäßig betrachten, das wichtigste des betreffenden Aufsatzes nachfolgend im Auszuge wiederzugeben. Bezüglich der Ausbildung der Lehrlinge wird darauf hingewiesen, daß immer noch in vielen Zeitungsverlagen die Ansicht herrsche, die Lehrlinge seien nur sogenannte „Bedienstete“ oder „Sandblänger“. Demgemäß seien in solchen Betrieben die Lehrlinge nur dazu da, um Gänge zu belagern oder auch nach längerer Lehrzeit für niedere Kontorarbeiten, wie Kopieren, Registrieren, Belege sammeln usw., verwendet zu werden. In vielen, besonders in manchen großen Geschäften, seien die Lehrlinge sich fast immer selbst überlassen. Wie sollen nun diese Leute ohne Anleitung tüchtige Fachmänner werden? Bedauerlicherweise werde oft die Meinung vertreten, ein junger Mann müsse möglichst in einem großen Geschäft lernen; daß das Gegenteil richtig sei, merke man meist zu spät. Ein weiterer Mißstand sei folgender: Manche Firmen beschäftigen neben zwei jungen Leuten drei bis vier Lehrlinge. Natürlich könne von einer „gründlichen Ausbildung“ unter diesen Umständen keine Rede sein. Es müsse deshalb manches anders werden, wenn ein tüchtiger Nachwuchs an Zeitungsfachleuten herangezogen werden soll. Es fehlt allerdings auch nicht an Vorwürfen über Interesslosigkeit, mangelhafte Allgemeinbildung der Lehrlinge und jungen Geheizen; wenn man aber sich vor Augen hält, was der Verfasser des Artikels über die eigene Schuld der Zeitungsverleger in dieser Frage zu sagen weiß, dann wird es nur zu begreiflich, daß die Interesslosigkeit vieler Lehrlinge im Zeitungsfache so groß und ihre spätere Berufstüchtigkeit so mangelhaft ist. Und schließlich erklärt sich aus dieser knappen Beleuchtung der Frage auch, warum gerade in Zeitungsbetrieben so oft über mangelhafte Leistungsfähigkeit der Hilfskräfte im allgemeinen geklagt wird. Es fehlt von Grund auf an einer systematischen Durchbildung, weshalb auch die Arbeit über Leistung und Gegenleistung gerade in Zeitungsbetrieben oft am wenigsten auf einer gerechten Unterlage basieren. Darum ist es nur zu begrüßen, wenn unter den Zeitungsverlegern selbst endlich Stimmen laut werden, die einer vernünftigeren Regelung der Lehrlingsfrage das Wort reden.

**Eine neue Arbeiterschulkonferenz.** In einem Rundschreiben, das an jene europäischen Regierungen gerichtet ist, die an dem Abkommen über internationalen Arbeiterschutz beteiligt sind oder Arbeiterschutzgesetze haben, beantragt der schweizerische Bundesrat, im September eine neue Konferenz nach Bern einzuberufen. Diese Konferenz hat zum Zweck, ein internationales Abkommen zu treffen, wodurch das Verbot der industriellen Nacharbeit für jugendliche Arbeiter ausgesprochen und eine Höchst-Arbeitsdauer von zehn Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter festgesetzt werden soll.

**Arbeitskämpfe in Rußland im Jahre 1912.** Die Zustände haben in Rußland im letzten Jahr eine außerordentliche Höhe erreicht. Abgesehen von den vielfachen Zuständen in kleineren Handwerksbetrieben, die statistisch nicht erfasst werden, fanden in den größeren Betrieben, welche den Fabrikinspektoren unterstehen, im ganzen 1918 Ausstände statt, an welchen 683000 Arbeiter beteiligt waren und welche sich auf 2200000 Arbeitsstage erstreckten. Im Jahre 1911 fanden nur 446 Ausstände mit 105000 Teilnehmern statt. Von den 1918 Ausständen des Jahres 1912 waren 1216 mit 511309 Teilnehmern lediglich politische Kundgebungen gegen die Regierungspolitik im Lande der Künste. Die verbleibenden 702 Ausstände mit 172052 beteiligten Arbeitern hatten wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter zur Grundlage.

**Ruffisches Deutlich!** Ein Rigauer Theaterjettel, der uns dieser Tage zugeht, enthielt auf der Rückseite folgende Übersetzung einer kurzen Inhaltsangabe des zur Vorführung kommenden Dramas „Das verfluchte Erbe“: „Der Onkel Galua kauft seinen 3-jährigen Sohn und nicht achtend auf d. Bemerkungen von seiner Frau gibt er ihm zu trinken altshollische Getränke. Nach 10 Jahren wachsen die beide Kinder aus und d. jüngerer Sohn Kusjen, studiert, während d. älterer wil nichts thun und giebt sich ab mit Alkohol. Der Vater greimt sich und sterbe. Kusjen ist später ein tüchtiger Arzt geworden und beiraft mit d. schönen Gräulein Sanna. Nach kurzer Zeit hat sie ein Kind geboren und während d. Malzeits kommt Scharf an, trinkt

so viel daß er wahnsinnig wird und regte damit auf d. Frau von Kusjen, welche sterbe.“

**Der Arbeitsmarkt im Januar 1913.** Das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, daß im ersten Monate des laufenden Jahres die Lage des allgemeinen Arbeitsmarkts in Betracht der Jahreszeit günstig zu nennen war. Besonders die aus der Industrie vorliegenden Berichte bezeichnen den Geschäftsgang überwiegend als gut. In erster Linie wird dies vom Kohlenbergbau berichtet, ferner von der Roheisenzeugung, von der Eisens-, Maschinen-, elektrischen und chemischen Industrie. Die Textilindustrie, das Bekleidungs- und die Papierindustrie berichteten gleichfalls über einen befriedigenden Geschäftsgang; dagegen litt das Baugewerbe entsprechend der Jahreszeit unter stiller Saison. Vom Buchdruckergewerbe wird zwar ebenfalls nach den meisten Berichten ein guter Geschäftsgang festgestellt, aber auch gleichzeitig berichtet, daß die Arbeitslosigkeit in den Großdruckstädten Leipzig und Berlin nicht zurückgegangen ist. In Leipzig wird sogar eine beträchtliche Überschreitung der normalen Grenzen der Arbeitslosigkeit konstatiert. Von 469 beim Arbeitsnachweis angemeldeten Sehern erhielten nur 276 Beschäftigung und von 164 Druckern nur 78. Am Schluß des Monats blieben 157 Seher und 73 Drucker arbeitslos, gegen 262 Seher und 78 Drucker im Dezember 1912 und 172 Seher und 67 Drucker im Januar 1912. Auch in Berlin ist die Zahl der Arbeitslosen andauernd groß und hat sich gegen den Vormonat etwas erhöht. Im Durchschnitt waren wöchentlich 678 Seher und 222 Maschinenmeister, gegen 722 Seher und 172 Drucker im Dezember 1912, arbeitslos und 556 Seher und 216 Drucker im Januar 1912. — Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen als in Beschäftigung stehend eingetragenen Mitglieder war am Schluß des Monats um 22994 geringer als am 1. Januar 1913. Diese Abnahme bezog sich aber nur auf das männliche Geschlecht, da die Zahl der weiblichen Mitglieder sich um 6724 vermehrte. Seht man den Grad der Beschäftigung vom 1. Januar d. J. gleich 100, so fiel er beim männlichen Geschlecht im Laufe des Monats auf 99, während beim weiblichen Geschlecht keine Veränderung eintrat. Im Januar des vorigen Jahres war der Rückgang der männlichen Mitgliederzahl erheblich größer. — Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise kamen im Januar 1913 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 191 Arbeitsfindende, gegen 175 im Dezember 1912 und 192 im Januar 1912; bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Ziffern 98, 106 und 100. — Von den Fachverbänden (Gewerkschaften) haben 48 mit 2032921 Mitgliedern über die Arbeitslosigkeit berichtet. Insgesamt betrug die Arbeitslosigkeit bei diesen Verbänden im Berichtsmonte 3,2 Proz., gegen 2,8 Proz. im Dezember 1912 und 2,9 Proz. im Januar 1912. Weniger günstig ist jedoch das Ergebnis für unsern Verband. Der Reichsdurchschnitt ergab für uns Buchdrucker im Monat Januar d. J. eine Arbeitslosigkeit von 3,5 Proz. bei 67535 Mitgliedern, gegen 2,7 Proz. im Januar 1912 und 3,3 Proz. im Januar 1911.

## □ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

**„Sinein in die Sparte!“** Ein Mahnwort an alle Spezialkollegen. Anhang: Hygienisches — Tarifliches. Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinen-seher Deutschlands. Die knapp 20 Seiten umfassende Broschüre enthält einen kurzen, aber um einbringlicheren Appell an alle deutschen Maschinen-seher, sich ihrer Pflichten gegen sich selbst wie auch gegenüber der Allgemeinheit der deutschen Buchdrucker mehr als bisher bewußt zu werden. In lapidarer Form wird darin ein Bild des Strebens und Ringens der Maschinen-seher und der ihnen drohenden Gefahren wirtschaftlicher wie beruflicher Natur vor Augen geführt, um zu zeigen, wie verfehlt derjenige handelt, der sich aus irgendwelchen Gründen bisher seiner Spartenorganisation ferngehalten hat. Gleichzeitig finden sich auch bemerkenswerte Hinweise auf die Bedeutung der Maschinen-seherpartei für die übrigen Berufsgruppen. Nicht minder beachtenswert ist das zweite Kapitel über die Hygiene im Sehermaschinenale. Neben einer kurzen Schilderung der verschiedenen Gefahrenquellen an den Sehermaschinen werden eine ganze Reihe sehr praktischer Ratschläge zum Schutze der Gesundheit bei der Tätigkeit als Maschinen-seher gegeben. Dadurch zeichnet sich die Broschüre als ganz besonders vordringlich aus. Und mit Recht wird am Schluß dieses Kapitels gesagt, daß auch die Maschinen-seher selbst sehr viel dazu beitragen können, um den Anforderungen, die die Hygiene an den Arbeitsraum und die Arbeitsbedingungen stellt, näher zu kommen. Daran schließt sich der Abdruck der Bundesratsvorschriften über den Gesundheitschutz in Buchdruckereien. Dann folgen die wichtigsten Paragraphen der Sonderbestimmungen für Maschinen-seher als genehmigter Abdruck aus dem Deutschen Buchdruckerartik. Und den Schluß der Broschüre bilden „Ratschläge und Winke“ rein technischer Art für eine möglichst störungsfreie und flotte Arbeitsweise an den verschiedenen Maschinen-systemen. Alles in allem genommen scheint uns die Broschüre, die sich an die Laiken und Jaghaften unter den Maschinen-sehern in

erster Linie richtet, auch sehr lesenswert für alle übrigen Kollegen zu sein. Denn in gedrungener Form wird darin ein Bild vom Leben und Streben der Maschinen-seherpartei im allgemeinen entrollt, das wohl wert ist weitgehendes Verständnis zu finden.

## Verschiedene Eingänge.

„Die Entwicklung des Menschen.“ Von Professor Dr. S. Toll. Mit zwölf Abbildungen. Broschirt 1 Mk., gebunden 1,50 Mk. Zu beziehen durch den Verlag von Theodor Thomas in Leipzig. Das Büchlein gibt in leicht-verständlicher Weise Aufschluß über die bis jetzt erforschten Vorgänge bei der Entfaltung des Menschen, von der Befruchtung des menschlichen Eies bis zur Ausbildung des fertigen Embryos sowie über die Gelebe, die seine spätere Entwicklung beherrschen bis zum Tode.

## Briefkasten.

C. Sch. in Heidenheim: Berichte über Generalversammlung am 6. und Monatsversammlung am 27. Januar gingen zu spät ein. — C. Sch. in Legnitz: Die Resultate der Bezirksvorstandswahlen werden unter „Verbandsnachrichten“ nicht mehr besonders veröffentlicht. — Br. D. in Leipzig: Ja freilich, auf diese Weise kann der „Typ.“ gut an Mitarbeiterhonorar sparen und kommt obendrein noch um den Dank an den ihm unbekanntem Verfasser, dessen Arbeit er nachdruckt. Das läßt sich aber nicht ändern. — J. E. in Krefeld: „Lehren“ hat einen doppelten vierten Teil, der Person und der Sache. Also: Wer lehrt eine Frau das Bändernähen. „Lernen“ bedeutet schriftgemäß nur: selbst unterrichtet werden, nicht: einen andern unterweisen. — R. K. in Breslau: Wir ziehen nach jener Klasse erst Erkundigungen ein. Der „Korr.“ erscheint aber in Leipzig. — G. v. d. W. in Amsterdäm: Befehl Dank für Aufmerksamkeit. Werden in Zukunft speziell darauf achten. Grd. Grub! — M. B. M.: Wir empfehlen Ihnen den Band „Die Reklame“ von Plathoff-Dejeune aus der Sammlung „Kunst und Kultur“ (Verlag Strecker & Schröder in Stuttgart). Preis 1,60 Mk. — E. L. in Lüdenscheid: Die Adresse des Rheinisch-westfälischen Buchdruckerfängerbundes wird Ihnen Kollege B. Moos in Köln mitteilen können. Die Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiterfängerbundes befindet sich in Berlin NO, Braunshberger Straße 42 I. — G. R. M. P.: Werden Sie sich mit Ihrem Anliegen an Ernst Morgenstern in Berlin W 57. — A. M. 12.: Lassen Sie sich einen Katalog von A. Siegel in München, Hofstraße 7, kommen. Darin werden Sie schon für Ihren Zweck etwas Passendes finden. — J. W. in R.: Jawohl, das Recht zur Erwerbung der Anleitungsbezugnis steht jedem vor 1879 geborenen Geheilten zu, und zwar bis zum 1. Oktober des laufenden Jahres, an welchem Zeitpunkt die Übergangsbestimmungen der betreffenden Novelle zur Gewerbeordnung ihr Ende erreichen. — J. E. in Karlsruhe: Sie wollen zum Ausdruck bringen, daß in der Frankfurter Maschinen-seherversammlung, worüber Bericht in Nr. 20 erschienen, von Ihnen nicht etwa wissentlich die Unwahrheit gesagt wurde über angeblich den Sehermaschinenältern von der letzten Gewerbetagungsversammlung gewährte Vergünstigungen. Ihre Äußerung basiere auf Informationen, aus denen Sie zu solchen Folgerungen kommen mußten. Damit dürften Sie zufriedengestellt sein. Wie die Sache tatsächlich geregelt wurde, teilen wir Ihnen schriftlich mit. — Nach Regensburg: Ein heillosen Quacks, den ein Bündler da im „Regensburger Anzeiger“ verjagt. — W. D. in Br.: Wird zum gegebenen Zeitpunkt befohlen. — M. L. in S.: Ob in diesem Jahre dafür Raum zu erübrigen ist, muß sehr bezweifelt werden. Wir müssen selbst einen Artikel darüber bringen, der natürlich spezialisiert wird. Doch vielleicht später, wenn wir nicht so überfüllt sind. — Nach Dortmund: „Tremonia“ vom 16. und 21. Februar erhalten. Es ist rührend, mit welcher Konsequenz Zentrumsblätter der Kölner Obervang sich des „neutralen“ Gutenbundes annehmen und dessen von keinerlei Rücksichtnahme auf die vielgepöbelte Neutralität diktierten Einwendungen so gern aufnehmen. Zeitungen, die ein solches Zeug für ihre Leser gut genug halten, sind schlechte Repräsentanten der liebsten Großmacht. Hier zeigt es sich, wie öffentliche Meinung gemacht wird. Daß die bündlerischen Hüter des guten Tons bei solchen in der Öffentlichkeit gegen den Verband und sein Organ gerichteten Angriffen so augenfällig beweisen, wie schlecht sie zum Spitzferrichter sich eignen, ist nicht das schlechteste an der Sache. Der Artikel für die Thronert-Versammlung am 23. Februar zeigt die „christliche“ Wahrheitsliebe an allen Ecken und Kanten. Der vom 16. Februar bezweckt die Vergiftung der zu Ostern in die Buchdruckerlehre eintretenden Jungen mit dem Organisationsfreude der Geheilten, stellt also ein Beginnen dar, daß nicht nur schärfste Zurückweisung verdient, sondern das auch öffentlich angezweifelt werden muß, weil sich das Blatt eines Prinzipals dazu hergibt, der sonst der schärfste Neutralitätswächter ist. Theorie und Praxis! Daß man die zu Ostern Auslernenden für den Bund kapern will, ist zwar die Hauptsache, aber sie verchwirbelt hinter der geistigen Beschlagnahme der unreifen Anreifer. — R. K. in Bamern: Die neuen Adressen werden wir in Nr. 36 veröffentlichen.



**Verbandsnachrichten**  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißpofst 5 II.  
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Bingen a. Rh.** Der von hier am 4. Januar auf die Reise abgemeldete Seher Karl Buchner aus Innau (Oberwesterwald) wolle seine Adresse an den Vorstehenden R. Blaschke gelangen lassen zwecks Zusendung hier zurückgelassener wichtiger Papiere. Die Herren Funktionäre werden gebeten, B. hierauf aufmerksam zu machen.

**Adressenveränderungen.**

- Mugsburg.** (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Vorstehender: Joseph Kleiner, Wiesenstraße 18b II.
- Donauwörth.** Vorstehender: Hans Hofmann, Bahnhofstraße 111 I; Kassierer und Reisekasseverwalter: Joseph Rudolph, Kugelplatz 118.
- Cusstirchen.** Vorstehender: Wilhelm Arenz, Neustraße 19; Kassierer: Albert Flach, Neustraße 38.
- Solzeismar.** Vorstehender: Fritz Keller, Marktstr. 17.
- Stollbus.** (Bezirk.) Vorstehender: Richard Bering, Eilenburger Straße 35; Kassierer: Richard Urban, Sandower Hauptstraße 19 III. — (Ort.) Vorstehender: Karl Schulz, „Märkische Volksstimme“, Am Amtsteich 18.
- Königshütte (D.-Schl.).** Vorstehender: Johannes Knoch, Puddlerstraße 11 I.
- Krapitz (D.-Schl.).** Vorstehender: Georg Linke, Mühlenstraße; Kassierer: Willi Ludwig, Oppelner Straße 22.
- Küstrin.** Vorstehender: Paul Lehmann, Buchdruckerei Adler.
- Saarlouis-Merzig.** Vorstehender: Konrad Kammerer, Saarlouis, Silberbergstraße 21.
- Überlingen.** Vorstehender: S. Holdersbach, Christophstraße 23.
- Zabrze (D.-Schl.).** Vorstehender: Hermann Stilller, Grünstraße 3 I.

**Zur Aufnahme gemeldet.**

- (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
- In Barth der Seher Willi Obst, geb. in Berlin 1895, ausgel. in Liebenwalde 1912; war noch nicht Mitglied. — A. Felgenhauer in Straßund, Baumhufelstraße 2 II.
  - In Bocktropi. B. der Seher Wilhelm Plüschkun, geb. in Bredenen b. Esser 1893, ausgel. in Essen 1911; war noch nicht Mitglied. — In Waffenscheid der Seher Heinrich Striewisch, geb. in Gittersloh (Kr. Wiedenbrück) 1890, ausgel. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Krauß in Essen-Rüttenscheid, Alfredstraße 1a.
  - In Duisburg der Seher Karl Woffatek, geb. in Schlan (Böhmen) 1882, ausgel. in Brün (Böhmen) 1900; war schon Mitglied. — In Duisburg-Ruhrort der Drucker Heinrich Eduard Geiß, geb. in Bremen 1889, ausgel. in Oldenburg 1908; war schon Mitglied. — In Sterkrade der Seher Arno Holze, geb. in Forst (Niederlausitz) 1894, ausgel. in Trier 1912; war noch nicht Mitglied. — Rudolf Palehki in Duisburg, Kammerstraße 18.
  - In Gardelegen der Schweizerdegen Emil Scherzka, geb. in Gardelegen 1890, ausgel. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Karl Ripke in Stendal, Südpromenade 30.
  - In Hartha der Seher Alfred Mann, geb. in Obermeißen 1893, ausgel. in Königstein 1911; war noch nicht Mitglied. — Oswald Große in Chemnitz, Newiger Str. 8.
  - In Kattowitz der Seher Theodor Daniel, geb. in Larnowitz 1884, ausgel. da. 1902; war schon Mitglied. — J. Bernardi in Sawodzie bei Kattowitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 26a II.
  - In Kemnath der Schweizerdegen Karl Müller, geb. in Kemnath 1895, ausgel. da. 1912; war noch nicht Mitglied. — In Kitzingen der Schweizerdegen Ernst Sturm, geb. in Ulm 1891, ausgel. da. 1909; war schon Mitglied. — In Nürnberg der Galvanoplastiker Joseph Gärtner, geb. in Nürnberg 1893, ausgel. da. 1911; war schon Mitglied. — Joseph Seitz in München, Holzstraße 24 I.

- In Köln der Seher Leo Ebner, geb. in München 1892, ausgel. da. 1909; war schon Mitglied. — F. Möller, Gereonshof 28.
- In Krossen a. D. der Seher Ernst Korn, geb. in Trebnitz i. Schl. 1893, ausgel. da. 1911; war noch nicht Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. D., Oberstr. 5 II.
- In Magdeburg der Seher Arthur Scheiner, geb. in Würzburg 1878, ausgel. da. 1897; war schon Mitglied. — Wilhelm Demuth, Altes Fischerufer 20/21 II.
- In Menden i. W. der Schweizerdegen Friedrich Kaschid, geb. in Airm a. d. Nahe 1894, ausgel. da. 1911; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Heinißstraße 30.
- In Sangerhausen der Seher Albert Krummel, geb. in Wolmeck 1893, ausgel. in Seiffeld 1911; war noch nicht Mitglied. — Max Budisa, Süßenstraße 55.
- In Wnyk auf Göhr der Seher Fritz Germer, geb. in Alftona 1878, ausgel. in Kappeln 1896; war schon Mitglied. — Martin Prüfer in Kiel, Schauenburgerstraße 34 III.

**Versammlungskalender.**

- Kalberstadt.** Versammlung Sonnabend, den 1. März, abends 9 Uhr, in „Gewerkschaftshaus“, Gerberstraße.
- Leipzig.** Maschinenleherverammlung Sonntag, den 2. März, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, in „Volkschule“, Seher Straße.
- Magdeburg.** Frühjahrsvorversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, in Magdeburg, im „Gartenpark“, Spielgartenstraße 1c. — Anträge bis 23. März an Wilh. Demuth, Magdeburg, Altes Fischerufer 20/21 II.
- Seitz.** Versammlung Sonnabend, den 1. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Vereinslokale, Voigtstraße.
- Bezirksversammlung Sonntag, den 6. April, in Weihenfelds. Anträge bis 31. März an den Bezirksleiter.

**Berein für Buchdrucker und Schriftgießer in Tiro und Borarlberg.**

Zahlstelle Bregenz. Auszahlung der Reiseunterstützung durch Kollegen Alois Mullerer, Klostergasse 10 I links (Sechshaus), nur an Werktagen von 6 bis 7 Uhr abends. In der Druckerei ist der Verwalter nicht zu sprechen.

Der Zufriedene ist glücklich. Der Wahrheit dieses Satzes zum Siege zu verhelfen, ist besonders heutzutage ein großes Verdienst. Solch unbefristetes Verdienst gebührt besonders dem rühmlichst bekannten und bestbewährten Versandgeschäft Sonas & Co., Berlin NS 407, dessen Kundenkreis sich auf fast 30000 Orte Deutschlands erstreckt und dessen Verkauf allein über 250000 Tachenuhren, Tausende von Sprechmaschinen und über 200000 Sprechmaschinenplatten beträgt. Diese angesehene Firma ist eifrig bemüht, alle Leser dieser Zeitung zufrieden zu stellen. Deswegen hat sie einen sehr umfangreichen Katalog (600 Seiten stark und 4000 Abbildungen) in eleganter Ausstattung hergestellt,

worin alle möglichen Artikel (Taschen- und Wanduhren, Schmuckwaren, Geschenkartikel aller Art, Musikinstrumente, Sprechmaschinen, photographische Apparate usw.) mit genauer Beschreibung aufgeführt sind. Gewiß findet jeder Passende. Bestellungen werden prompt erledigt. Die Firma gestattet sogar erleichterte Zahlungsweise, also Teilzahlung bei bequemen monatlichen Raten. Näheres enthält der reich illustrierte Prachtkatalog, der gratis und franko verschickt wird. Wenden Sie sich ungesäumt an Sonas & Co., Berlin NS 407, Belle-Alliance-Straße 3.



# TYPOGRAPHISCHE MITTEILUNGEN

Die überaus zahlreichen Nachbestellungen auf Heft 1 und 2 können keine Berücksichtigung finden, da die Gesamtauflage, 11000 Exemplare, vollständig vergriffen ist. Ein Nachdruck, wie verschiedentlich angeregt, kann nicht erfolgen. Das Märzheft erscheint als Propagandanummer in einer Auflage von

## 15000 EXEMPLAREN

### Süchtiger zweiter Akzidenzseher

streng solid und zuverlässig, gesucht. Offerten mit selbstgefertigten Musterarbeiten, Zeugnisabschriften, Photographie und Gehaltsanprüchen erbelen an

**W. Fämmels Buch- und Kunstdruckerei, Nürnberg.**

Für unsere Hausdruckerei suchen wir einen weiteren erhaltlichen

### Akzidenzseher

mit guten Ideen, der nachweislich Hervorragendes im Entwurf und Satz leistet, in dauernder Stellung. Ausschreibliche Bewerbungen an

**Schriftgießerei Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.**

### Gutenberghüßen

in Alabaster- oder Eisenbeimasse zu Mk. — 90, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 36 je nach Größe empfiehlt H. Siegl, München SO 7. Katalog gratis.

## Dresdner Buchdrucker-Verbandsverein

Sonntag, den 2. März, abends pünktlich 7 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses (Sinzendortstr. 17).

### Konzert

Mitwirkung: Kammerfängerin Julia Rahm-Rennebaum (Alt), Konzerfänger Fritz Vogel-fang (Cenor), Leitung und Begleitung: Theodor Werner.

Zur Aufführung gelangen unter der Auswahl:

„Gefänge der Nacht“ Chöre von Schubert, Reger und Sibelius und Soli von Schumann, Beethoven, Brahms, Wolf, Rich. Strauss und Schillings.

Stippläge (numeriert) a 35 und 55 Pf. (einschließlich Biletsteuer und Programmheft), Stehpläge a 20 Pf. beim Verwalter Steinbrück, in der Musikalienhandlung Günther, Ziegelstraße 24, durch die aktiven Mitglieder und an der Abendkasse. [337]

Vorzügliche Anfertigung nach Mass zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

### Ich führe sicher das, was Sie wünschen!

Sie sind es sich selbst schuldig, meine hervorragenden Muster anzusehen, bevor Sie anderweitig Ihre Garderobe bestellen. Meine Maßanfertigung ist mit sämtlichen Neuheiten ausgestattet; meine Dessins sind in Preis und Qualität unvergleichlich. Ich sende Ihnen sofort franko, unter Beifügung des Rückports, so daß Ihnen keine Kosten entstehen, meine große Musterkollektion zu und fertige Ihnen dann einen tadellos sitzenden Anzug usw. an. Es genügt, wenn Sie die meiner Kollektion beiliegende, leicht auszufüllende Maß-tabelle oder ein altes Kleidungsstück einsenden; ich garantiere bei genauem Angaben für eine tadellose Paßform. Beachten Sie, daß ich Fabrikant und Großhändler bin, welcher direkt an Private abgibt; Sie erhalten daher für Ihr Geld etwas außerordentliches in Preis und Qualität geliefert. Sie erhalten bei mir schon einen Maßanzug in besserer Anfertigung für 30.— Mark. Natürlich liefere ich auch billigere, bessere und beste Maßanzüge. Lassen Sie sich auf jeden Fall meine Muster kommen.

## Gottfried Max Schulz, Görlitz i. Laus.

Die Geschäftsstelle erucht unter Nr. 351 um Angabe der Adresse des Buchdruckers

**Karl Franke** geboren am 29. Januar 1878 in Baumburg i. Sa., zulezt in Gelnhausen in Kondition.

Am 20. Februar verschied nach jahrelangen Leiden unser werkes Mitglied, der Druckermeister

**Heinrich Langner** aus Breslau, im 37. Lebensjahre. Sein Andenken hält in Ehren Der Ortsverein Breslau. [350]

**H. MATHAEUS** DRESSAU Flossergasse 46 Katalog gratis u. fr.